

Modernität oder Avantgardismus?

Einige Bemerkungen zu Geschichte und Theorie des "modernen Sozialismus"

Warum hatten sich damals, zu Zeiten des kollabierenden Nominalsozialismus, die Fürsprecher einer sozialistischen "Moderne" nicht auf einen Konflikt mit jenen Strukturen eingelassen, die sie in ihrer Kritik vorsichtig als "modernisierungsbedürftig" umkreisten? Welchem Selbstverständnis war ihre Abgrenzung von dem widerständigen Milieu geschuldet, das außerhalb des akademischen Ghettos für emanzipatorische Veränderungen stritt? Was war der Grund für den entschlossenen Widerwillen der aufgeklärt-kritischen SED-Intelligenz vor den Zumutungen einer Transformation ihrer systemkritischen Denkfiguren in politische Aktivität? Was waren in der DDR die Inhalte ihrer Kritik? Was ist heute ihre Botschaft – in einer BRD "mitten in Europa"? Wie war damals und wie ist heute das Verhältnis von affirmativer und radikaler Systemkritik, von Widerstand und Widerspruch?

Auf diese nörgelnden Fragen sind endlich auch Antworten in Sicht, gegeben in den jüngsten Veröffentlichungen aus den beiden wesentlichen Lagern, in die jene Schule von Reformsozialisten mit dem Ende der DDR zerfallen ist. Michael Brie und Dieter Klein verfolgen in ihrem Sammelband den Flug des "Engels der Geschichte", um zu beschreiben, wie sie selbst auf ihrem Flug ins neue Deutschland bei der Modernisierung ihres Modernebegriffs den der antikapitalistischen Alternative über Bord gehen lassen mußten.[1] Die politischen Essentials dieser Flugschau finden sich im "Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag" der PDS wieder. Noch deutlichere Antworten enthält Rainer Lands Beitrag "Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten" vom Dezember 1993.[2]

Die Frage, inwiefern "Vision" und praktische Politik im "Sozialismusprojekt" verbunden waren, versieht Land mit einer nüchternen Antwort: In einer politischen Praxis wurden "keine Möglichkeiten für eine Erneuerung des Sozialismus" gesehen. Die späteren Reformsozialisten verblieben daher ebenso konsequent in den akademischen Institutionen, wie sie vage auf einen möglichen Wandel spekulierten. In dieser Stille haben sie den Übergang vollzogen von antibürgerlich-kommunistischen Gesellschaftsvorstellungen "hin zu einem Konzept, das die Reform der Moderne mit den Mitteln der Moderne thematisierte". Die Reform der vorgefundenen sozialistischen Gesellschaft sollte durch eine sukzessive Wiedereinführung der Institutionen der Moderne, durch eine Rückkehr zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung erfolgen. Die "machtgeleitete Re-Institutionalisierung" der Moderne sollte "den Westen bei der institutionellen Verankerung emanzipatorischer Prozesse sozusagen überholen" – der Reproduktion innovativen Verhaltens ebenso dienend wie der Lösung globaler Probleme.

Die Differenz sowohl dieses "Modernehorizontes" der Reformsozialisten wie ihres Reformidealismus zu den Zielen der Linken war massiv. Ähnlich wie die Linken denunzierten die Reformsozialisten die Herrschaft der Politbürokratie, die sich als Sachwalter des allgemeinen Interesses präsentierte. Anders als die Reformsozialisten antizipierten die Linken die Überwindung solcherart durchaus gegenmoderner Herrschaft nicht in den Formen der Bürgerlichkeit. Der Herrschaftscharakter der bürgerlich-parlamentarischen Institutionen war ebenso Gegenstand ihrer Kritik wie die zivilgesellschaftliche Vermittlung bürgerlicher Gewalt. Wir gingen und gehen davon aus, daß soziale Emanzipation Herrschaft ausschließt und sich nicht mit deren

Regulierung begnügen kann. Die Implantation dessen, was die Reformsozialisten ihrem ökonomischen Modernebegriff subsumierten (Marktwirtschaft, echtes Geld, Kapitalverwertung) wurde von uns nicht als Reformziel apostrophiert. Solcherart entfesselter NÖSPL konnte über einen Zugewinn ökonomisch-rechenhafter Rationalität in Gestalt sattsam bekannter sozialistischer Marktwirtschaft hinaus nur noch die Einführung originären Kapitalismus bedeuten. Dagegen legten wir auf die Entschlüsselung der immanenten Dynamik kapitalistischer Destruktivität ebensoviel Gewicht wie auf den Nachweis, daß der Voluntarismus einer Kommandowirtschaft nur die extremste Form der Abwesenheit von Wirtschaftsplanung ist.

Geradezu zwangsläufig ergibt sich der Dissens mit den Linken in der Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Politik. Im Verständnis der SED-Reformer bedeutete "Sozialismus" nicht radikale Gesellschaftskritik, sondern "codierte das Moment des Konsenses und die Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte" und beinhaltete darüber hinaus "auch die Option auf die Macht und den Anspruch der jüngeren Generation auf die Übernahme der Macht aus den Händen der Alten". So zog ihr "politischer Diskurs ... keine scharfen und harten Grenzen zum offiziellen Selbstverständnis der SED, ... die Partei selbst sollte auch bei ihrer Aufhebung Subjekt bleiben, eine SED-externe Opposition war nicht gewollt, ... weil die Machtfrage als Invariante für Reformen galt". Die Antwort auf die Frage, warum bis zum Herbst '89 von einer deutlichen Opposition in der SED keine Rede sein kann, ergibt sich somit nicht allein aus der massiven Disziplinierung der Mitglieder durch den Parteiapparat, sie schließt auch das politische Selbstverständnis der Reformer ein.

Eine solcherart beantwortete Machtfrage verbindet sich mit durchaus aktuellen Positionierungen. So kann Land feststellen, die mit dem 'modernen Sozialismus' verbundene subtile Subversion sei "ganz und gar nicht kompatibel zur Macht- und Staatsferne, zum sich in der Kritik genügenden Selbstverständnis und zum Anti-Evolutionismus der westdeutschen Linken. ... Wir glaubten auch, uns dabei mit jenen evolutionistisch zu treffen, die einen emanzipatorischen Wandel der westlichen Gesellschaft betrieben, z.B. mit den Grünen oder linken Sozialdemokraten." Hier erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar. Nur für jene, die angesichts der Politik der Grünen und des Bündnis 90 als deren rechten Ostrand die Inhalte unabhängiger Opposition in der DDR vergessen haben sollten, ist in Erinnerung zu rufen, daß weit über die Grenzen der linken Minderheit hinaus ein Stellvertreterpolitik-Verständnis, gleich welcher Couleur, gleich ob der SED oder SPD, ebenso verpönt war, wie das einer reflektierten Avantgarde.

Dabei ignorieren wir nicht jene Gründe, die die Reformer für ihre Nähe zur Macht anzuführen wissen. Gerade die Analyse dieser Prämissen ihrer Haltung gibt Aufschluß über die Widersprüche des ambitionierten Programms. Für die damaligen Protagonisten eines modernen Sozialismus stand es außer Frage, daß die Umbildung der Verhältnisse auf evolutionärem Wege erfolgen müsse. Nicht allein aus taktischen Gründen, nein, ziemlich prinzipiell behaupten sie, daß es "um eine Entwicklungslogik (geht), bei der Richtung, Tempo, Gestalt und Selektivität wissenschaftlich-technischer, ökonomischer und kultureller Evolution nicht mehr darauf gerichtet sind, die eigene Entwicklung gegen die anderer Subjekte durchzusetzen" (Studie zur Gesellschaftsstrategie, Juli '89). Aber die Herstellung von Bedingungen, in denen die Verfolgung der eigenen Interessen nicht auf Kosten anderer Betrieben werden muß, liegt außerhalb ihres Horizontes. Den Reformsozialisten geht es um das Management der Interessengegensätze im marktwirtschaftlichen und im rechtsstaatlichen Verfahren. Dabei werden alle Beteiligten auf die Ergebnisse eines Handels verpflichtet,

in den sie als *formal* gleiche, nur eben verschieden bemittelte Personen eingehen. Diese vorausseilende Relativierung eigener Interessen durch die Betroffenen wird zurecht nicht als Erkenntnisleistung selbstbewußter Individuen erwartet, sondern als Einsicht in eine übergeordnete Gesetzmäßigkeit globaler Problematik abgefordert. Unter der Maßgabe der globalen Krise und der Ohnmacht des "sozialistischen Lagers" wurde die Konvergenztheorie rehabilitiert. Die prognostizierte ökologische und soziale Apokalypse als Argument gegen die Beseitigung des Kapitalismus gewendet. Anstatt die Gründe aufzuklären, warum sich die Leute in Ost und West außer ihren Herrschaften und der Maloche auch noch den Umweltdreck gefallen lassen, konstatierten die Reformsozialisten wachsende Probleme mit der Reproduktion von Mensch, Natur und Gesellschaft und zogen den messerscharfen Schluß, daß man wegen der Dringlichkeit der Probleme auf die stärksten Bataillone, d.h. auf die Herrschenden setzen muß, die sich zwecks effizienterer Führung und Gefolgschaft ("Akzeptanz der Maßnahmen") nur anständig ermächtigen ("legitimieren") lassen sollen. Auf diese Weise wird wohl eine Auswechslung der führenden Personage, nicht aber ihre Beseitigung durch die assoziierten Produzenten angestrebt. Im Verständnis der kritischen Parteiintellektuellen war längst für die Aufhebung der Eliten kein Platz mehr.

So war auch eine alternative Begründung für die führende Rolle der Partei gefunden. "Entscheidend ist, in Umgestaltungsprozessen einen Handlungsspielraum zu ihrer bewußten Führung zu behalten und nicht unter Druck zu geraten: 1. Reformprozesse müssen durch eine politische Kraft geführt werden, die Handlungsspielraum besitzt." Dies war unter den Bedingungen des Nominalsozialismus in der DDR allein die SED. Die Widersprüche dieser Parteinahme treten in verschiedenen Versäumnissen zu Tage. Die entscheidende Frage, warum die Partei unfähig war, den ihr zugemessenen Spielraum zu nutzen, haben die Reformer nicht einmal gestellt. Das Beharren auf der Partei als einem Instrument zur Umsetzung der Reformstrategie korrespondiert mit der Selbstbeschränkung der Theoretiker auf einen Beobachterstandpunkt. Damit blieb Theorie im Parnassus mittellosen Erkennens auf nichteingreifendes Denken reduziert. Unter diesen Prämissen verfielen die modernen Sozialisten im Jahre 1989 den Antinomien aufklärerischer Politik, welche im Namen der Vernunft mit dem Hinweis auf die Unvernunft der Unteren und auf die objektive Gewalt der Verhältnisse die Herrschenden zu Reformen erpressen will.

Mit dem Zusammenbruch der Herrschaftsmonopols der SED-Politbürokratie diversifizierten sich auch die innerhalb der Partei bis dahin erfolgreich unter Kontrolle gehaltenen Strömungen. Die Hoffnungen auf einen machtkontrollierten Übergang in waren spätestens am 10. November verfallen. Die Reaktionen auf diese unerwartete Lage fielen sehr unterschiedlich aus. Eine Gruppe bemühte sich um die Rettung der SED und setzte auf eine Entpuppung reformsozialistischen Modernedenkens in der PDS. Sie war bestrebt, so die Selbständigkeit der DDR im Interesse der globalen Probleme, des Weltfriedens und Gorbatschows erhalten. Im Zuge des rasanten Zerfalls der SED errang diese Gruppe die programmatische Hegemonie in der PDS. Sie erkaufte ihren Spielraum mit der Kritiklosigkeit gegenüber der Modrow-Regierung. Die Geschichte dieser Gruppierung beschreibt Rainer Land als Fortsetzung der gebrochenen politischen Identität der Reformsozialisten zwischen Modernität und Avantgardismus. Er schreibt: "Statt politischer Selbständigkeit Flucht in die alten vormundschaftlichen Bindungen, nur daß man selbst in die Rolle des Hegemons rückt. Die Reformsozialisten vollziehen an der PDS, was sie eigentlich an der DDR hätten vollziehen wollen, die Umbildung eines totalitären Systems in ein demokratisches –

mit hegemonialen Mitteln."

Das Verhältnis von angestrebtem demokratischen Produkt und hegemonialen Mitteln erscheint paradox. Er nimmt an, daß sich Avantgardismus und moderne Bürgerlichkeit ausschließen. Aber die Einführung kapitalistischer Zustände beinhaltet die Etablierung veritabler Gewaltverhältnisse, was ohne Schädigung der meisten Leute nicht zu machen und daher ihre Zustimmung dafür schwer zu erhalten ist. Im Zuge der Auflösung der DDR wurde dieser Zusammenhang mehrmals angesprochen. Explizit verwiesen etwa N. Peche und K. Schwarz auf die Notwendigkeit einer äußeren Autorität (BRD) bzw. eines starken Staates (für Osteuropa) für die Einführung marktwirtschaftlicher Verhaltenweisen. Auch die russischen Liberalen (G. Popow oder A. Zipko), die die Auflösung der Staatsmacht unter dem Banner des Liberalismus propagierten, bekundeten bald ihre Vorliebe für eine starke Zentralmacht und außerordentliche Vollmachten der Exekutive.

Zum anderen schließt die Entwicklung des Kapitals die Reproduktion ökonomischer Zwänge ein. Die konkurrierenden Privateigentümer können bekanntlich nur durch staatliche Gewalt auf die Anerkennung von Eigentum und Person verpflichtet werden. Andernfalls wird ein ungewöhnlicher Geschäftserfolg schon mal als organisiertes Verbrechen bezeichnet und man ruft nach mehr Befugnissen für die Polizei. In jedem Fall bewährt sich das Geld in der Höhe des Lohns als Mittel zum Ausschluß vom gesellschaftlichen Reichtum. Dem stillen Zwang der ökonomischen Verhältnisse wird noch hoheitlich nachgeholfen: Für minder erfolgreiche Teilnehmer am Marktgeschehen wird eine soziale Fürsorge organisiert, die neben ein bißchen Geld auch einen disziplinierenden Arbeitszwang einschließt. Selbst die schlechteste Lohnarbeit erscheint dann als Glück. So exekutierte der Staat die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im neuen Deutschland.

Kurz, ökonomische Modernität erfordert die Anerkennung der führenden Rolle konkurrierender Eliten bei der Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Dieser bürgerliche Avantgardismus gerät bei Lands Gegenüberstellung aus dem Blick. Er abstrahiert von Gewaltverhältnissen und Herrschaftsformen bürgerlicher Vergesellschaftung, egal ob in originärer oder nominalsozialistisch verkehrter Form.

So ist die Haltung der PDS-Modernisten als konsequente Fortsetzung des alten Programms zu verstehen, wobei allerdings die Adressaten der eigenen Vorschläge nun anders definiert sind. Mit dem Hinweis auf die eigenen langfristigen Interessen sollen nun die Kapitalvertreter bewegt werden, allerlei gute Ziele in der Konkurrenz mitzuerledigen. Dazu brauchen sie allerdings Hilfe. Sei es, daß sie ihr langfristiges Interesse partout nicht erkennen wollen – dann muß mit dosierter Aufklärung und wissenschaftlich angeleitetem Widerstand (Gewerkschaften) oder politischer Macht korrigierend eingegriffen werden. Sei es, daß die uneinsichtigen Proleten in ihrem Festhalten an "hedonistischer Massenkonsumtion" (Dieter Klein) die Errichtung eines ökologischen Akkumulationsregimes behindern, dann sind Belehrung und ein "Mindestmaß sozialer Repression" (Dieter Klein) nötig. Die wiederholt geäußerten Befürchtungen über das rechte "Zurück marsch marsch" zu einem bösen Kapitalismus relativieren sie an den Erfordernissen wirtschaftlicher Entwicklung.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Programmatiker der PDS heute auf die Ausarbeitung von Konzepten "gleich für welche hegemoniefähige Macht" (Dieter Klein) orientieren, sind die Differenzen zwischen den im November '89 geteilten Kämpfern für einen "Modernen Sozialismus" gering. Sie resultieren aus der Ausdifferenzierung eines Subsystems von Erziehern zweiter Stufe, das den kritisierten und erzogenen

Erziehern ermöglicht, in ihrem aufklärerischen Werk [für die Partei] unbekümmert fortzufahren. Für die Aufklärung von Volk und Führern braucht es eine Organisation von Einfluß und politisch korrekter Ideologie. Die reibungslose Zurichtung der ehemaligen Staatspartei zum Garanten eines friedlichen Einzugs eines modernen Kapitalismus spricht nicht nur Bände über deren vormals "kommunistischen" Charakter. Der diskreditierte Sozialismus wendet sich zur Sozialdemokratie und das erneuerte Gewissen fühlt sich im Streit mit dogmatischen Kollegen aus dem alten Verein aufs neue bestätigt: Eine Revitalisierung marxischer Ideen sei nur als Stalinismus denkbar.

-

Erstveröffentlichung: Vau-Ell Infoblatt, Berlin, 21.04.1994. Eine auf knapp die Hälfte verkürzte Fassung erschien unter dem Titel "Ein Konzept domestizierter Befreiung. Contra 'Reformsozialismus': Traditioneller und bürgerlicher Avantgardismus" in der Tageszeitung "Neues Deutschland" am 14./15.5.1994. Dabei ging vieles verloren, es ergab sich aber auch der Zwang zu einigen Zuspitzungen. Zwei schöne Formulierungen entstanden erst dabei:

"Politikberatung für die Eliten, nichteingreifendes Denken par excellence."

"Avantgardismus ist kein Privileg kommunistischen Hochmuts."

-

Anmerkungen zur Webversion:

[1] Dieter Klein/Michael Brie: Der Engel der Geschichte, Dietz Verlag Berlin, 1993

[2] Vgl. Neues Deutschland, 23./24.4. und 30.4./1.5.1994